

Land weiter gegen Wohnsitzauflage

Koalition will Flüchtlingen keine Vorschriften machen – CDU: Schlag ins Gesicht für Kommunen – Debatte im Landtag

MAINZ. Die Landesregierung sieht nach wie vor keinen Grund, anerkannten Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz vorzuschreiben, wo sie ihren Wohnsitz nehmen müssen. Dies sagte Integrationsministerin Anne Spiegel (Grüne) gestern im Landtag.

„Wir sehen derzeit keinen Bedarf für eine Wohnsitzauflage“, erklärte Spiegel. Es gebe keine größeren Wanderungsbewegungen von Flüchtlingen aus ländlichen Gebieten in die Ballungszentren, wie dies in anderen Bundesländern durchaus zu beobachten sei. Die CDU-Opposition hingegen wertet den Verzicht auf die Wohnsitzauflage als „Schlag ins Gesicht der Kommunen“. Die kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion, Anke Beilstein, erklärte, bei der Integration von Flüchtlingen seien die Städte und Gemeinden auf Planungssicherheit angewiesen.

Ein im Sommer in Kraft getretenes Gesetz zur Integration gibt den Bundesländern die Möglichkeit, eigene Wohnsitzauflagen zu erlassen. Damit können die Länder für drei Jahre den Ort innerhalb ihrer Grenzen bestimmen, an dem anerkannte Flüchtlinge

leben müssen, wenn sie Sozialleistungen erhalten wollen. Das soll massenhaftem Umzug der Flüchtlinge vom Land in die großen Städte und der Ghettobildung vorbeugen. Ausnahmen gelten aber für solche Flüchtlinge, die eine Ausbildung machen oder studieren beziehungsweise an einem anderen Ort einen Arbeitsplatz bekommen. Bayern und Baden-Württemberg haben die Wohnsitzauflage bereits erlassen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt wollen folgen. Rheinland-Pfalz ist bisher das einzige Bundesland, das sich gegen die Auflage entschieden hat.

Beilstein nannte die Position der Landesregierung eine „Blockadehaltung“ und unsolidarisch gegenüber den anderen Bundesländern. Wenn die Menschen erst begonnen hätten, aus den Dörfern abzuwandern, sei es zu spät, sagte die CDU-Abgeordnete.

Spiegel wies die Vorwürfe zurück. Die anderen Länder seien von der Haltung des Landes nicht tangiert, weil die Voraussetzungen für einen Wohnsitzwechsel über Ländergrenzen hinweg im Gesetz klar geregelt seien. In Rheinland-Pfalz gibt es nach Meinung Spiegels auch deshalb keine

Wanderungsbewegung, weil die Wohnsituation der Flüchtlinge vergleichsweise gut sei.

Die SPD-Abgeordnete Heike Scharfenberger, die zugleich Fraktionsvorsitzende der SPD im Ludwigshafener Stadtrat ist, sagte, der Umzug von Flüchtlingen in die Nähe von Bekannten oder Verwandten könne auch zum Gelingen von Integration beitragen. In Ludwigshafen gebe es Anzeichen von Wohnortwechseln aus strukturschwachen Gebieten. Die SPD sehe aber noch keine Notwendigkeit für eine Wohnsitzauflage.

Nach Meinung der FDP-Abgeordneten Cornelia Willius-Senzer ist die Wohnsitzauflage nur „einer von vielen wichtigen Bausteinen“ zum Gelingen von Integration.

Der AfD-Abgeordnete Michael Frisch kritisierte, das Eintreten der CDU für die Wohnsitzauflage sei Ausdruck eines schlechten Gewissens wegen der „verfehlten Asylpolitik“ von Bundeskanzlerin Merkel. Auf dem Land stünden viele Häuser und Wohnungen leer. Es sei „ein Gebot der Vernunft“, diese zu nutzen und so den Wohnungsmarkt in den Ballungsgebieten zu entlasten. |nob